Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Freitag, den 15. November 1878. Nr. 536.

Deutschland.

** **Berlin**, 14. November. Heute Mittag um 1 Uhr hat die gestern schon angekündigte erste Sitzung des Staatsministeriums stattgefunden. Es handelte sich namentlich auch um die Feststellung der Eröffnungsrede für den Landtag, sowie um andere Landtags-Angelegenheiten. Die Meldung, daß die Eröffnungsrede bereits unter Theilnahme des Fürsten Bismarck vor dessen Abreise berathen sei, ist irrthümlich. Derselbe hat das Staatsministerium nicht versammelt, sondern nur mit einzelnen Ministern, namentlich auch mit dem Finanzminister geschäftliche Besprechungen gehabt. Die Gerüchte über angebliche Rücktrittsgedanken des Letzteren sind endlich überall verstummt.

Auf 2 Uhr war heute eine Plenarsitzung des Bundesraths angesetzt. Auf der Tagesordnung stand u. A. eine Vorlage, betreffend die bei der Baumwollen- und Leinen-Enquete zu Grunde zu legenden Fragen, und ferner um den mündlichen Bericht über die Vorlage wegen strafrechtlichen Einschreitens gegen Beleidigung des Bundesrathes durch die Presse.

Die „Kreuz-Zeitung" meldet, daß das Herrenhaus dieses Mal gleich im Anfang mehr Beschäftigung finden werde, als in früheren Sessionen. In der That besteht die Absicht, mehrere der größeren dem Landtage vorzulegenden Gesetzentwürfe, namentlich solche, welche schon in früheren Sessionen im Abgeordnetenhause durchberathen worden, ohne zur Erledigung gebracht zu sein, dies Mal zunächst im Herrenhause einzubringen.

Dem Vernehmen nach wird im Laufe der nächsten Woche auch die im Gange befindliche Voruntersuchung über die Katastrophe des „Großen Kurfürsten" zum Abschluß gelangen, so daß alsdann, nachdem die Akten durch das General-Auditoriat revidirt worden, die Zusammensetzung des Kriegsgerichts erfolgen kann. Dieses dürfte die Verhandlungen nach einer ungefähren Schätzung im Laufe des Jahres zu Ende zu führen im Stande sein.

Der Minister des Innern hat die Provinzial-Behörden aus Anlaß eines Spezialfalles von Neuem darauf hingewiesen, daß grundsätzlich daran festzuhalten ist, daß ein Titel, der ein Staatsamt bezeichnet, zur Verleihung an Beamte von Korporationen sich nicht eignet, und daß daher für derartige Beamte andere Titel zu erwählen sind. In dem vorliegenden Falle handelte es sich darum, daß ein Kreisausschuß einem von der Kreisvertretung angestellten Baubeamten den Titel Kreisbauinspektor zu geben beabsichtigt.

Am 15. November wird die Eisenbahn Jablonowa-Graudenz, desgleichen die Eisenbahnstrecken Insterburg-Goldap und Neustettin-Belgard in Betrieb gesetzt werden.

Berlin, 14. November. Ueber den Verlauf der gestern hierselbst zusammengetretenen Konferenz der ständigen Eisenbahntarif-Kommission und des Verkehrs-Ausschusses der industriellen Interessenten sind wir in den Stand gesetzt, folgende Mittheilungen zu machen:

Es lag ein Antrag der sächsischen Papier-Fabrikanten vor, welcher dahin ging, daß nicht blos Packpapier aller Art, sondern Papier überhaupt in den Spezialtarif 1 versetzt werde. Die Antragsteller begründen dies damit, daß Packpapier unter Umständen einen Werthunterschied von 20—120 Mk. aufweise und daß die anderen Papiere vielfach billiger als Packpapiere seien und es daher ungerechtfertigt erscheine, andere Papiere theurer als Packpapier zu fahren. Ueberdies halten die sächsischen Interessenten eine Frachtermäßigung des Papiers für geeignet, eine Ausdehnung des Absatzes herbeizuführen. Dieser letztere Umstand hat aber gerade den rheinischen, westfälischen und sächsischen Papier-Fabrikanten Veranlassung gegeben, gegen eine Ermäßigung der Frachtsätze für Papier einzutreten, da durch dieselbe die unter billigen Produktionsbedingungen arbeitende sächsische Konkurrenz noch mehr an Uebergewicht gewinnen würde. Ueber diese Verhältnisse der Papierfabrikations-Distrikte wurde je ein Sachverständiger aus den vier genannten Distrikten vernommen und mußten sich die Vernommenen eingehend über die Lage und die Konkurrenzverhältnisse in der deutschen Papierindustrie äußern. Als Ergebniß dieser Vernehmungen ist zu konstatiren, daß allgemeinem Zugeständniß zufolge für theure Papiersorten eine Herabsetzung des Frachttarifes an sich nicht als gerechtfertigt anzusehen sei; für die billigeren Papiersorten vertraten hingegen die Repräsentanten der rheinischen und schlesischen Fabriken gegenüber den sächsischen Papierproduzenten den Standpunkt, daß bei den wohlfeilen Produktionskosten der sächsischen Fabriken eine Frachtherabsetzung geradezu die Existenz der gesammten Papierindustrie Rheinlands und Schlesiens gefährden würde. Dieser Gesichtspunkt hat denn auch sowohl bei dem Ausschuß der Verkehrsinteressenten als auch bei der Tarifkommission volle Würdigung gefunden und glaubten diese beiden Faktoren der Konferenz, daß zur Zeit ein Eingriff in die Konkurrenzverhältnisse der deutschen Fabriken untereinander durch die Frachtsatznormirungen vermieden werden müsse. In Folge dessen ist der Antrag der sächsischen Fabrikanten, Papier allgemein zu deklassifiziren, abgelehnt, und die Beschränkung der Klassifizirung von Packpapier in dem Spezialtarif 1 auf grobes Packpapier angenommen worden; grobe Dachpappe ist allgemein — sowohl roh als getheert — in den Spezialtarif 1 versetzt worden. Es ist dabei anerkannt worden, daß die Möglichkeit falscher Deklaration in Bezug auf den Begriff „grob" nicht ausgeschlossen ist, es wurde aber angenommen, daß falsche Deklarationen doch nur ausnahmsweise vorkommen möchten. Die Verhandlungen des ersten Konferenztages waren sehr eingehender Art und wohnten denselben auch Vertreter des Reichseisenbahnamtes bei.

— Die Reichs-Beschwerde-Kommission wird zu einer Plenarsitzung erst am 25. d. Mts. zusammentreten, da die Zeit bis dahin von den Referenten zur Vorbereitung der Verhandlungen gebraucht wird.

In dem heutigen „Reichsanzeiger" werden auf Grund des Sozialistengesetzes folgende weitere Verbote veröffentlicht:

A. Vereine: „Arbeiter-Lieder-Tafel" in Bayreuth, die Arbeitervereine in Mittweida und in Lindenau, die „Liedertafel Lassallia" in Stuttgart, die „Gewerkschaft der Schneider" und „der Bund der Tischler" in Gera, der ebenda auf Grund des Statuts der Manufakturfabrik- und Handarbeiter-Gewerksgenossenschaften errichtete und geleitete Gewerkverein.

B. Druckschriften: die in Nürnberg erschienene Druckschrift „Luxus und Korruption", eine philosophische Betrachtung von G. R. und die in Schleiz erschienene Druckschrift „National-ökonomische Raketen" von Bernhard Becker.

Das Einschreiten auf Grund des Sozialistengesetzes gegen neue Zeitungen lediglich deshalb, weil sie von den betreffenden Behörden als Fortsetzungen von bisher an demselben Orte erschienenen, wegen ihrer gemeingefährlichen Bestrebungen aber verbotenen Zeitungen erachtet werden, beleuchtet heute die „B. A. C." eingehend, indem sie u. A. Folgendes ausführt:

„Vor Allem ist festzuhalten, daß es im Geiste des Gesetzes nicht liegt, daß Zeitnngen allein deswegen unterdrückt werden sollen, weil sie von bestimmten Personen an einem bestimmten Orte herausgegeben werden; sondern umgekehrt ist im Verlauf der Reichstagsverhandlungen das Gegentheil völlig klargestellt worden. Der preußische Minister des Innern selbst hat bemerkt, daß den nämlichen Personen, welche jetzt — d. h. zur Zeit der Berathung des Gesetzes, vor dem Inkrafttreten desselben also — sozialdemokratische Zeitungen herausgaben, nicht verboten sei, nach der Unterdrückung dieser Zeitungen auf Grund des Gesetzes andere Zeitungen herauszugeben, sobald diese in der That in anderer vom Gesetze nicht verbotener, d. h. einer den öffentlichen Frieden, insbesondere die Eintracht der Bevölkerungskreise nicht gefährdenden Weise gehalten würden. Gerade hieran hat sich die Frage geknüpft, ob es überhaupt praktisch sei, die Unterdrückung des Erscheinens von Zeitungen zu erleichteen, anstatt dieselbe erst beim zweiten Verbot einer einzelnen Nummer, also gleichsam nach einer einmaligen Verwarnung für zulässig zu erklären. Der Herr Minister legte aber Werth darauf, daß die alten sozialdemokratischen Zeitungen schnell aus der Welt geschafft würden, da ja die volle Freiheit bestehe, neue Zeitungen zu gründen und der Reichstag pflichtete ihm bei. Daraus folgt ganz von selbst, daß das Verbot des Erscheinens einer neuen Zeitung lediglich unter der Begründung, daß die neue Zeitung an demselben Orte, von selben Personen und unter denselben äußeren Geschäftsverhältnissen herausgegeben wird, nicht im Geiste des Gesetzes liegt. Ganz anders freilich stellt sich die Frage, wenn sonstige Merkmale vorhanden sind, welche die dem äußeren Erscheinen nach neue Zeitung lediglich als eine Fortsetzung der verbotenen alten Zeitung erscheinen lassen, wenn beispielsweise — obgleich auch hier die näheren Umstände zu erörtern sein würden — die Abonnenten der alten Zeitung davon verständigt werden daß sie statt derselben, gleichsam als Ersatz dafür, die neue Zeitung, also thatsächlich die alte Zeitung, nur unter einem neuen Namen, erhalten sollen, so daß eine Verschleierung des Umgehens des betreffenden Verbotes anzunehmen, die sich nach § 19 des Gesetzes als Fortsetzung einer verbotenen Druckschrift und im Falle, daß weitere Nummern nach Beschlagnahme der ersten ausgegeben werden, als Fortsetzung einer von der vorläufigen Beschlagnahme betroffenen Druckschrift charakterisirt."

— Der Bundesrath hielt heute Nachmittag 2 Uhr eine Plenarsitzung unter dem Vorsitz des Ministers Hofmann. Nach Feststellung des Protokols der letzten Sitzung erfolgte die Mittheilung über Ernennung eines Bevollmächtigten zum Bundesrathe. Eine Vorlage, betreffend die bei der Baumwollen- und Leinen-Enquete der Vernehmung von Sachverständigen zu Grunde zu legenden Fragen, sowie eine Mittheilung, betreffend den Abschluß einer Uebereinkunft mit Dänemark wegen des gegenseitigen Markenschutzes wurden entgegengenommen. Die Ausschußanträge betreffend den Besoldungs- und Persions-Etat der Reichsbank für 1879 wurden angenommen. Mündliche Berichte des Justizausschusses standen zur Verhandlung über die Vorlage wegen strafrechtlichen Einschreitens gegen Beleidigung des Bundesraths durch die Presse; über das Rekursgesuch eines Beamten der Telegraphen-Verwaltung, über eine Petition, betreffend einen Entschädigungs-Anspruch an die königl. sächsische Eisenbahnverwaltung; über eine Beschwerde wegen Rechtsverweigerung in Preußen. Den Schluß machte die Vorlegung von Eingaben.

Im Großen und Ganzen beschränkt sich die Thätigkeit des Bundesrathes, wie aus den Berathungsgegenständen der letzten Plenarsitzungen erhellt, lediglich auf die Abwickelung laufender Geschäfte. Vor Ende des Jahres ist an eine erhöhte Thätigkeit kaum zu denken, da man darauf angewiesen ist, die Hauptbeschlüsse in dem Kreise der wichtigsten Aufgaben für den nächsten Reichstag, auf dem Gebiete der Zoll- und Steuerfragen, an das Ergebniß der schwebenden Enqueten anzuknüpfen. Der Abschluß derselben soll, wenn irgend thunlich, vor Ablauf des Jahres erfolgen, doch wird nach dem jetzigen Stande der Arbeiten vielfach bezweifelt, ob man im Stande sein wird, dies Ziel zu erreichen. Die Enquete-Kommissionen über Tabak, Eisen, Baumwollen- und Leinen-Industrie haben eine überaus angestrengte Thätigkeit zu entfalten. Die seit einigen Tagen aufgenommenen Verhandlungen haben bereits die Anberaumung von Abendsitzungen neben den Vormittagssitzungen erfordert. Die Mitglieder der Kommissionen, namentlich der Tabaksenquete, beklagen die vielfach falschen Mittheilungen über den Gang der Berathung, zumal da ihnen bei der proklamirten strengen Amtsverschwiegenheit jedes Mittel zur Berichtigung für den Augenblick fehlt. Nur soviel wird von dieser Seite versichert, daß nach dem jetzigen Stande der Arbeiten in keiner Beziehung möglich ist, auf spätere Beschlüsse der Reichsregierung bez. jener Industriezweige Konsequenzen zu ziehen. — Die Angabe, daß eine Verlängerung des österreichischen Handelsvertrages bereits endgültig aufgegeben sei, begegnet lebhaftem Zweifel, obschon eine solche Eventualität nach Lage der Dinge viel Wahrscheinlichkeit für sich hat. Die endgültige Entscheidung kann am Ende weder lange auf sich warten lassen, noch verschwiegen bleiben.

— Wie aus Wien gemeldet wird, hat die österreichische Regierung den Vorschlag Deutschlands, den Ende des Jahres ablaufenden Handelsvertrag um 6 Monate zu verlängern, endgültig abgelehnt. Seitens der Wiener „N. Fr. Presse" wird über den Stand der handelspolitischen Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich-Ungarn folgendes gemeldet:

„Die deutsche Regierung hat bereits vor längerer Zeit dem österreichischen Kabinette gegenüber den Wunsch ausgesprochen, daß die Gültigkeit des Handelsvertrages vom Jahre 1868 auf ein weiteres Jahr und demnach bis zum 1. Januar 1880 verlängert werden möge. Auf diesen Vorschlag hat die österreichische Regierung ablehnend geantwortet und sich darauf berufen, daß, wenn bis zum Schluß des Jahres ein neuer Handelsvertrag nicht vereinbart und von den Legislativen genehmigt sein werde, das Gesetz die Einführung des allgemeinen Zolltarifs gebiete. Die österreichische Regierung hat sich jedoch nicht auf bloße Negation beschränkt, sondern, nach unseren Informationen, der deutschen Regierung eine Reihe von positiven Vorschlägen zur Annahme empfohlen. Die österreichische Regierung wünscht den Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrages mit Deutschland. Es handelt sich jedoch dabei nicht um einen gewöhnlichen Handelsvertrag mit der Meistbegünstigungs-Klausel, sondern um die gleichzeitige Feststellung einiger Punkte, welche wichtige Interessen des beiderseitigen Handels betreffen. Oesterreich würde die Aufrechterhaltung des Appreturverkehrs zugestehen, dagegen die Gewährung der jetzt so eigenmächtig eingeschränkten Begünstigungen für den Grenzverkehr in Leinen fordern. Es würde ferner verlangen, daß Deutschland sich bezüglich einiger Artikel — zumeist Rohstoffe — binde, und ist bereit, ebenfalls bezüglich einiger Artikel auf die Freiheit der Bewegung zu verzichten. Im Uebrigen würde man vorläufig auf den Abschluß eines förmlichen Tarifvertrages verzichten. Das österreichische Kabinet soll bei dieser Gelegenheit neuerdings seine Geneigtheit ausdrücklich betont haben, sich mit Deutschland in handelspolitischer Beziehung zu verständigen. Es wurde auch der Wunsch ausgesprochen, daß die Vereinbarung noch vor dem Schlusse des Jahres 1878 erfolge. Bis jetzt ist die Antwort der deutschen Regierung auf die österreichischen Vorschläge noch nicht eingetroffen."

— An Stelle des am 31. Mai d. J. verstorbenen Herrn v. d. Osten-Jannewitz ist der vom Verbande des pommerschen Schloßgesessenengeschlechtes v. d. Osten präsentirte Herr v. d. Osten-Blumberg ins Herrenhaus berufen worden. Desgleichen ist die Berufung des vom Verbande des alten und befestigten Grundbesitzes in den Fürstenthümern Breslau und Brieg präsentirten Geh. Regierungsrathes a. D. v. Woyrsch auf Pilsnitz erfolgt.

Ausland.

Wien, 13. November. Die bosnische Frage, welche heute in so hervorragendem Maße Oesterreich-Ungarn beschäftigt, ist keine neue. Zur Zeit des Krimkrieges stand sie ebenso im Vordergrund des Interesses wie heute. Unter den Männern, welche die orientalische Verwickelung des Jahres 1854 beschäftigte, befand sich auch der talentirte Wiener Erzbischof Ritter von Rauscher. Die „Bohemia" erzählt, daß er an die Regierung damals ein Memorandum gerichtet habe, in welchem er den von ihm eingenommenen Standpunkt in sehr klarer und in echt politischer Fernsicht begründeter Anschauung dargelegt habe. Ein Mitarbeiter des genannten Blattes ist in der Lage, den Inhalt des bedeutenden Aktenstückes zu skizziren, welches auch heute noch in vielen Punkten eine große Berechtigung hat. Wir entnehmen demselben Folgendes:

„In kurzen aber inhaltreichen Sätzen stellte er dar, daß die Existenz Oesterreichs nicht von dem selbstsüchtigen England, nicht von dem napoleonischen Frankreich, wohl aber von Rußland bedroht sei. England und Frankreich können Oesterreich wohl schädigen, Rußland könne aber die Art an dessen Existenz legen und zwar durch seine slawische Nationalitäten-Politik. Mit Rußland hänge Preußen mit seiner deutschnationalen Politik enge zusammen, und letztere werde über kurz oder lang der ersteren den Weg nach Oesterreich weisen. Jetzt könne man dieser Gefahr durch ein inniges Bündniß mit Rußland auf lange begegnen und inzwischen Zeit finden, diese Gefahr auf immer zu entfernen. Wie könnte man dieser Gefahr auf immer begegnen? Die Rauscher'schen Medikamente sind eigenartig. Sie gipfeln in den drei Sätzen: eine kühne, wohlbewußte Politik nach Außen, eine staatsrechtliche Rekonstruktion des Reiches im Innern (die Ungarn sind durch Zugeständnisse, die der Reichseinheit nicht schaden, zu befriedigen) und eine festr Position auf der Balkanhalbinsel. Diese feste Position fand Rauscher in dem Besitze von Bosnien, der Herzegowina und von Serbien. Diese drei türkischen Provinzen sollten eben der Preis des österreichisch-russischen Bündnisses sein.

Jenes Memorandum wurde bei Seite gelegt. Die leitenden Staatsmänner verfolgten eine andere Politik. Kardinal Rauscher aber war von der Richtigkeit seiner Anschauung so überzeugt, daß er in einer weiteren Vorlage sich auch über die Ver-

waltungs-Prinzipien der genannten drei Provinzen verbreitet.

„Diese drei Provinzen“, sagt er, „sind durchweg katastrirt, nur die Wälder und das Innere der Berge ist Eigenthum des Landesherrn, ein Eigenthum von so unermeßlichem Werthe, daß jede klug vorgehende Regierung die Ausgaben der Herstellung von Straßen, Kanälen und schiffbaren Flüssen durchweg decken kann. Mit der Kultur des Landes muß die Kultur des Volkes Hand in Hand gehen, daher Schulen auf Staatskosten, Schulzwang und Ordnung der kirchlichen Zustände; der Primat, die Alleinherrschaft des Mohamedanismus muß einer Parität der Konfessionen Platz machen, um einem Racenkampfe vorzubeugen.“ Schule und Schulzwang sind im Memorandum nur angedeutet. Parität der Konfessionen sprach der Politiker, nicht der Erzbischof aus. Der Politiker Rauscher erkannte wohl, daß es eine außerordentliche Kurzsichtigkeit wäre, an die Stelle eines herrschenden Mohamedanismus einen herrschenden Katholizismus zu setzen.

Die „Bohemia“ begleitet den Wiederabdruck des Memorandums mit der Bemerkung, es sei keine Frage, daß die Anschauung, Bosnien und die Herzegowina seien zur Großmachtstellung Oesterreichs nothwendig, über die in Cis- und Transleithanien bestehenden Gefühle siegen werde. Dann dürfte es an der Zeit sein, das Memorandum aus dem Aktenstaub hervorzuholen. Wir meinen, daß bis dahin noch einige Zeit vergehen dürfte.

Paris, 12. November. Offiziös wird gemeldet, daß Herr Waddington im heutigen Ministerrathe sehr befriedigende Mittheilungen über den Stand der auswärtigen Angelegenheiten gemacht und namentlich über die günstige Aufnahme berichtet habe, welche seine Note betreffs Griechenlands bei sämmtlichen Mächten gefunden habe.

Demnach wären also die verschiedenen Nachrichten aus London über die ablehnende Antwort oder über die Absicht des englischen Kabinets, die französische Note gar nicht zu beantworten, als unbegründet zu betrachten, wobei natürlich vorausgesetzt werden muß, daß die erwähnte offiziöse Mittheilung die volle Wahrheit enthält.

Die am Freitag stattfindende Wahl von drei unabsetzbaren Senatoren beschäftigt die politischen Kreise mehr als man glauben sollte, da doch wegen der baldigen theilweisen Erneuerung des Senates es ziemlich gleichgültig ist, ob die Rechte oder die Linke durch drei Stimmen verstärkt wird. Die Delegirten der Rechten hielten heute bei dem Grafen Daru eine Sitzung, worin die Herren Baragnon, Graf Haussonville und Oskar de Vallén, also ein Legitimist, ein Orleanist und ein Bonapartist, einstimmig und endgültig als Kandidaten der Rechten proklamirt wurden. Die Delegirten erklärten, auf das Bestimmteste versichern zu können, daß kein einziger Abfall zu befürchten, daß demnach die Wahl der drei Kandidaten der Rechten durchaus gesichert sei. Letzteres wird auch von anderer Seite bestätigt und hinzugefügt, daß die Konstitutionellen des Senats ganz besonders gegen den Grafen von Montalivet aufgebracht sind, dessen Uebergang in das republikanische Lager sie als einen „acte inqualifiable“ bezeichnen und deshalb wie ein Mann gegen die Liste der Linken stimmen werden. Das Manifest der Rechten enthält einen verzweifelten Aufruf an die „Konservativen aller Parteien“, sich zu einem letzten Kampfe aufzuraffen, und schildert mit großem Pathos und in den düstersten Farben die Gefahren, welche für das Land erwachsen müßten, wenn auch die Majorität des Senates den Konservativen entrissen sein würde. Dieser Aufruf wird aber, wie die Sachen einmal stehen, schwerlich eine besondere Wirkung ausüben.

Die Budget-Kommission hat eine wichtige Sitzung gehalten, in welcher allerdings nur mit einer geringen Majorität beschlossen wurde, die folgenden Steuerherabsetzungen der Kammer vorzuschlagen: Steuer auf Oele 5,843,000 Francs, Steuer auf Cichorie 5,339,000 Francs, Reduktion des Wechselstempels (von 1,50 Francs per Mille auf 1 Francs) 10,000,000 Francs.

Die Hauptgegner dieser Entlastung waren die Herren Jules Ferry, Leon Renault und Germain, welche sehr energisch dafür eintraten, sämmtliche vorhandenen Hülfsmittel für die Vermehrung der Dotation des Unterrichtsministeriums und für die öffentlichen Arbeiten zu verwenden. Herr Gambetta vertheidigte die von ihm ausgegangenen Vorschläge hauptsächlich vom politischen Standpunkte aus, indem er darauf hinwies, daß durch solche Steuer-Erleichterungen die Vortheile der republikanischen Regierung der Bevölkerung „handgreiflich“ gemacht würden.

Paris, 12. November. Der „Figaro“ meldet, ein großer Kaufmann des südlichen Frankreichs hätte Herrn Paul de Cassagnac brieflich angezeigt, daß er alle für seine Wiederwahl erforderlichen Ausgaben, seien es selbst 50 oder 60,000 Frcs., auf sich nehme; Herr Paul de Cassagnac brauche sich deshalb um so weniger einen Zwang aufzuerlegen, als dies nur ein Vorschuß sei, indem er von dem Verfasser des Briefes zu seinem Erben eingesetzt sei. Dieser Kaufmann ist, wie der „Figaro“ versichert, ein Millionär. Dazu bemerkt Paul de Cassagnac im „Pays“:

„Die von dem „Figaro“ erzählte Thatsache ist vollkommen richtig. Wir müssen jedoch hinzufügen, daß wir das großmüthige Anerbieten des ehrenwerthen Kaufmanns nicht angenommen haben. Wir haben ihm nur eine Summe von 500 Frcs. auferlegt, weil dies die höchste Ziffer ist, die in den bisher entgegengenommenen Subskriptionen vorkam. Vor Allem kommt es uns nämlich auf den Beistand und die Aufmunterung aller unserer Freunde ohne Ausnahme, der großen wie der kleinen an und manchmal kann uns der bescheidenste Beitrag in Form einer Briefmarke ebenso viel Freude machen wie das reichste Geschenk. Die Republikaner, die sich schmeichelten, durch Geld oder Einschüchterung einen Druck auf das Arrondissement Condom zu üben, mögen es jetzt nach Belieben mit diesem oder jenem Mittel versuchen. Dem Gelde wird man nöthigenfalls mit Geld antworten, was aber die Einschüchterung betrifft, so nehmen unsere Wähler die Antwort schon auf sich.“

Paris, 13. November. In der heutigen Sitzung der Budget-Kommission ist zwischen derselben und dem Finanzminister ein Einverständniß hinsichtlich der bereits mitgetheilten Steuer-Entlastung-Projekte erzielt worden.

Graf Beust scheint bereits mit den hiesigen offiziösen Organen Verbindungen angeknüpft zu haben. Wenigstens veröffentlicht der „National“ eine Note, in welcher es heißt, daß derselbe ermächtigt sei, das durch Berliner Journale verbreitete Gerücht zu dementiren, daß Graf Beust seine Memoiren veröffentlichen wolle. Graf Beust schulde der Geschichte die intimen Dokumente über seine Betheiligung an allen großen europäischen Ereignissen seit dem Jahre 1848; da er aber noch offiziell und aktiv in den diplomatischen Angelegenheiten Europas thätig sei, werde er sich natürlich einer unzeitigen Veröffentlichung enthalten.

London, 13. November. Wie schon mitgetheilt, hat man in Britisch-Indien Goldfelder entdeckt. Sir Andrew Clarke, Mitglied für öffentliche Arbeiten im Rathe des Vicekönigs, besuchte im vergangenen Frühjahr Wynaad und hielt das Land nach seinen in Australien gemachten Erfahrungen für goldhaltig, und forderte mit Genehmigung des Vicekönigs Mr. Brought Smyth, den hervorragenden Bergwerksingenieur von Victoria, auf, einige Begleute nach Indien zu bringen, um das Land zu untersuchen und das Vorhandensein von Quarzgestein festzustellen. Mr. Smyth hat schon auf einem Distrikt von 20 zu 16 Meilen an 90 Stelen Goldadern in einer Stärke von 2 zu 4 Fuß entdeckt, welche von ein paar Pfenniggewichten bis zu 200 Unzen Gold pro Tonne ergeben haben. Der reichhaltigere Stein zeigt, wenn gebrochen, feines und grobes Gold in ausgezackten Stücken von der Größe einer Erbse. In manchen Adern befindet sich viel unbrauchbares Gestein, aber sie haben doch verschiedentlich bis 8, 10, 14 Pfenniggewichte und 2 und 4 Unzen Gold per Tonne ergeben. Man glaubt, daß mit Hilfe von Kapital und guter Leitung ein großer Betrieb gesichert werden kann. Wynaad ist ein kleiner Bezirk in der Präsidentschaft Madras. Das Klima ist während 9 Monate des Jahres für Europäer gesund und angenehm, aber während der anderen drei Monate Fieber erzeugend.

Provinzielles.

Stettin, 15. November. Wie bereits erwähnt, hat die Direktion der Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft beschlossen, die den Beamten der Bahn alljährlich gewährte Weihnachtsgratifikation in Höhe von 5 Prozent des Diensteinkommens in diesem Jahre nicht zu bewilligen. Die für die hinterpommersche Bahnstrecke eingesetzte königliche Verwaltung hat rücksichtlich der ihr angehörenden Beamten betreffs dieser Gratifikation einen ganz entgegengesetzten Beschluß gefaßt. Der Fonds nämlich, welcher etatsmäßig zur Gewährung dieser Gratifikationen ausgesetzt worden, ist auf das ganze ursprüngliche Bahngebiet berechnet und es partizipiren an ihm auch die Beamten der hinterpommerschen Bahn nach der Länge der Strecke. Da auf dieser die Zahl der Beamten verhältnißmäßig kleiner ist als auf der Stammbahn, so entfällt auf sie ein so großer Antheil, daß es der Direktion der hinterpommerschen Bahn möglich wird, den dortseitigen Beamten die Gratifikation selbst bis zu 10 Prozent des Diensteinkommens zuzuwenden, in welcher Höhe sie die Bewilligung auch auszudehnen beabsichtigen soll. Der Umstand, daß ein Theil des gemeinschaftlichen Fonds an Beamte zur Vertheilung gelangt, die lediglich in Folge des Zufalles zum hinterpommerschen Bahnantheil gekommen sind, und ein anderer Theil unverwendet bleiben soll, ist mit Recht geeignet, die schmerzlichen Empfindungen der unberücksichtigt bleibenden Beamten noch zu verschärfen.

— Das Ober-Tribunal hat mittelst Erkenntnisses vom 26. Juni d. J. entschieden, daß es unzuläßig sei, Gastwirthe im Wege der Polizeiverordnung zur Aufnahme aller und jeder Fremden, auch solcher, deren Aufnahme sie vom Standpunkte ihres Gewerbeinteresses aus ablehnen würden, zu verpflichten. Der Minister des Innern hat deshalb die Regierungen durch Cirkularerlaß vom 25. v. M. ermächtigt, nicht ferner an der in dem Ministerial-Erlasse vom 31. Juli 1875 ausgesprochenen abweichenden Ansicht festzuhalten, sondern nach dem von dem Ober-Tribunal in dem gedachten Erkenntnisse ausgesprochenen Grundsatze zu verfahren.

— Das hinterpommersche Eisenbahnnetz wird heute abermals um eine circa 9 Meilen lange Eisenbahnstrecke reicher werden. An diesem Tage wird nämlich die als Sekundärbahn neu erbaute Strecke „Neustettin-Belgard“ dem Verkehr übergeben werden.

— Seit einigen Tagen ist mit dem Abbruch des Circus Salamonsky begonnen; es dürfte sich demnach nicht bewahrheiten, daß, wie früher gemeldet, Herr Direktor Salamonsky im Frühjahr mit seiner Gesellschaft hier wiederum zu einem Cyclus von Vorstellungen eintrifft.

— Der Tischlergeselle Carl Otto Neumann aus Pencun befand sich am 27. Oktober d. J. im Freytag'schen Lokal in Pencun, sprach den Spirituosen tapfer zu und begann sich bald im Tanzsaal so ungebührlich zu betragen, daß er vom Wirth hinausgeworfen wurde. Auf der Straße setzte er den Unfug fort, bis er durch einen Beamten zum Arrestlokal gebracht wurde. Auch hier beruhigte er sich nicht eher, bis ihm die Zwangsjacke angelegt war. Deshalb in der heutigen Sitzung der Kriminaldeputation des Kreisgerichts angeklagt, wird Neumann wegen Widerstand und Beleidigung zu 6 Wochen Gefängniß und wegen groben Unfugs zu 14 Tagen Haft verurtheilt.

Während des letzten Jahrmarktes arbeitete der Arbeiter Franz Eduard Herm. Riemer bei einer Handelsfrau, benutzte aber diese Gelegenheit und entwendete derselben allabendlich Wollwaaren. Einmal wurde er dabei von seinem Freund, dem Arbeiter Gustav Budow, unterstützt. Deshalb wird Riemer mit 5 Wochen, Budow mit 14 Tagen Gefängniß bestraft.

Am 13. Juli d. J. ging der Arbeiter Fr. Wilh. Ferd. Lewerenz auf den hiesigen franz.-reform. Kirchhof und riß von verschiedenen Gräbern Rosen ab, wobei er auch verschiedene Stämme beschädigte. Deshalb trifft Lewerenz eine 3tägige Gefängnißstrafe.

Die nächste Verhandlung wurde dadurch interessant, daß der Gerichtshof zu entscheiden hatte, ob es eine Beleidigung involvirt, wenn man zu Jemand „Sozialdemokrat“ sagt. Der Buchbindermeister Herzog zu Alt-Damm war bei einem Volksfest mit dem Amtsvorsteher Weyland wegen der Stadtverordneten-Wahlen in Streit gerathen, hatte bei dieser Gelegenheit diesen einen Sozial-Demokrat genannt und war deshalb von Weyland angeklagt worden. Der Staatsanwalt beantragt 30 Mark Geldstrafe, während der als Vertheidiger fungirende Justizrath Wendtlandt für Freisprechung plaidirte. Der Gerichtshof schloß sich dem Antrage des Herrn Staatsanwalts an und erkannte demgemäß.

Stargard, 14. November. In hiesiger Stadt hat ein junges, etwa achtzehn Jahre altes Frauenzimmer sich ein besonderes Feld für ihre Handelsgeschäfte gesucht, deren Natur nicht ganz „reinlich und zweifelsohne“ ist. Sie besucht nämlich Familien, frägt nach getragenen Kleidern, versteht es mit allerlei Manövern, sich Vertrauen zu erwecken und spiegelt den Leuten vor, den Verkauf der Sachen übernehmen zu wollen. Bekommt sie, wie dies oft geschieht, dieselben, so sieht man „Roß und Reiter niemals wieder“, die Sachen sind fort und von Bezahlen ist keine Rede. Die Angelegenheit ist, wie wir vernehmen, zwar schon in Untersuchung, trotzdem aber verlautete noch immer von neuen derartigen Streichen, so daß wir es im Interesse des Publikums für gerathen halten, auf dieses schädliche Treiben aufmerksam zu machen.

Vermischtes.

— (Von Allen die Häßlichste.) Die Direktion der Staats-Lehrerinnen-Präparandie in Pest erhielt unlängst den Besuch einer Dame, welche gegen 200 fl. Jahresgehalt und ganze Verpflegung eine der Präparandistinnen als Gouvernante zu acceptiren wünschte. Mehrere Mädchen wurden der Dame sofort vorgestellt, aber von dieser mit den Worten „Zu schön!“ nicht acceptirt. Eine von der Natur minder begünstigte Gruppe wurde dennoch ebenfalls zu schön befunden. Bei dem „Arrangement“ einer dritten, aus noch weniger schönen Präparandistinnen bestehenden Gruppe faßte eines der Fräulein den gewiß heroischen Entschluß, sich selbst als die „Häßlichste von Allen“ zu präsentiren. Die Dame fand dieses resolute Mädchen nach ihrem Geschmacke und erhöhte den versprochenen Gehalt sofort auf 400 fl. — Das Verlangen nach einer möglichst häßlichen Gouvernante ließ verschiedene Vermuthungen zu und erweckte eine leicht begreifliche Neugierde, die auch bald befriedigt wurde. Bitte, verehrte Leserinnen, denken Sie nichts Uebles von dem Gatten der Dame; diese gab vielmehr auf die bezügliche Frage als Ursache ihrer Wahl den Umstand an, daß sie ihre Kinder mit der Gouvernante allein promeniren lasse und daher bedacht sei, eine solche zu wählen, welche keinen Gefahren und Verfolgungen durch junge Leute ausgesetzt ist.

— (Milchtransfusionen.) Der berühmte Physiologe Brown-Sequard in Paris hat an die dortige „Gesellschaft für Biologie“ (Lebenslehre) Bericht über eine Reihe von Experimenten gelangen lassen, welche beweisen, daß man ebenso gut wie durch Bluttransfusionen auch durch die sehr langsame Einspritzung mäßig erwärmter Milch in Arterien ein entschwindendes Leben aufzuhalten vermag. Der Professor erwähnt des Ausführlichen eine ganze Anzahl von Thieren, an denen er diese Operationen sehr erfolgreich ausgeführt hat.

— Der Prozeß T'Kint ist schon seit mehreren Sitzungen in ein Stadium getreten, in dem fast nur noch Detailfragen verhandelt werden. Dennoch fördern die Verhandlungen stets noch einige interessante Momente zu Tage. So machte in einer der letzten Sitzungen der Präsident den Angeklagten auf den Widerspruch aufmerksam, der sich zwischen seiner Angabe und seinen wahren Vermögens-Verhältnissen befinde. „Sie schrieben, sagte der Präsident, aus Liverpool, daß Sie wie Ihre Maitresse völlig ruinirt seien. Aber Ihre Geliebte hatte allein mehr als 300,000 Francs bei sich. Wie wollen Sie das erklären?“ — „Nun, antwortete T'Kint mit ruhiger Geringschätzung, was sind denn überhaupt 300,000 Francs.“ In jenem Ausspruche von erschreckender Frivolität charakterisirt sich unvergleichlich die ganze Geschichte des Angeklagten. Er hat Millionen gestohlen, mit Millionen spekulirt, Millionen verloren, Hunderttausende verbraucht und verschenkt; was sollen ihm 300,000 Francs anders sein als eine Bagatelle. Die Situation des zweiten Angeklagten, des früheren Präsidenten Fortamps, hat sich während der Verhandlungen nicht unwesentlich verschlechtert. Man wirft ihm bekanntlich vor, mit dem Gelde der Bank Aktien des eigenen Institutes gekauft zu haben, um so den Kours derselben zum Steigen zu bringen. Diese Manipulation wäre nun nach dem Gesetz über die Handelsgesellschaften in Belgien strafbar. Fortamps behauptet aber, jene Ankäufe nicht für die eigene Bank, sondern für ein anderes Institut gemacht zu haben, und diese seine Behauptung wird auch durch die Aufzeichnungen in den Büchern der Banque de Belgique unterstützt. Gravirend stellt sich aber dieser für Fortamps günstigen Thatsache entgegen, daß gerade jene wichtigen Stellen der Bücher zahlreiche Rasuren aufweisen, und daß ferner die Beamten des Instituts, für welches Fortamps seine Käufe gemacht haben will, sich nicht erinnern, einen Auftrag ertheilt zu haben. Ueber diesen Punkt, der für die Verurtheilung oder Freisprechung Fortamps von größter Wichtigkeit ist, werden wohl erst die Zeugenaussagen klares Licht verbreiten.

Literarisches.

Unter dem Namen **„Universal-Pultmappe mit Korrespondenz-Helfer“** liegt aus dem Verlage von F. A. Barthel in Leipzig eine Schreibmappe für Comptoir- und Privat-Korrespondenz vor uns, mit praktischer origineller Einrichtung, in höchst eleganter Ausstattung und zu verhältnißmäßig billigem Preise von 2 M. 40 Pf.

Die Mappe enthält einen Korrespondenz-Helfer in 3 Sprachen: Deutsch-Französisch-Englisch, indem sich nämlich auf 26 eng gedruckten Seiten, im Format der Mappe übersichtlich gedruckt, ein kleines Dictionnaire der schwierigsten deutsch-französisch-englischen Korrespondenz-Ausdrücke präsentirt.

Hieran schließen sich eine Zusammenstellung von Notizen aus dem Geld- und Bankwesen aller Länder Europa's (mit Angabe von Bankplätzen, Wechselstempeltarif, Münzparitäten-Tabelle, Maaß- und Gewichtsbestimmungen), der neueste Porto- und Telegraphentarif, neueste Postdampfschifflinien nach dem Auslande, die neue große Eisenbahnkarte für Deutschland und Oesterreich-Ungarn, gezeichnet von L. Ravenstein. Ferner sind der Mappe Löschblatt-Unterlagen, der Kalender pro 1879, Zinstabelle (letztere beide auf den Innenseiten der Decken) ꝛc. beigegeben.

Telegraphische Depeschen.

Wiesbaden, 14. November. Der Kaiser wohnte der gestrigen Vorstellung im Hoftheater bei, in welcher der Geigenvirtuos Dengremont konzertirte; letzterer wird auf den Wunsch des Kaisers heute nochmals auftreten.

Darmstadt, 14. November. Nachdem einer Mittheilung der gestrigen „Darmstädter Zeitung“ zufolge die vier Töchter des Großherzogs, die Prinzessinnen Viktoria, Irene, Alice und Marie, bereits an der Diphteritis erkrankt waren, meldet ein heute ausgegebenes Bulletin, daß auch der Erbgroßherzog Ernst Ludwig von der nämlichen Krankheit befallen worden ist. Die Prinzessin Viktoria befindet sich auf dem Wege der Besserung, bei der Prinzessin Alice ist gleichfalls eine leichte Besserung eingetreten.

Wien, 14. November. Graf Schuwaloff ist heute aus Pest hierher zurückgekehrt. Derselbe setzt voraussichtlich heute Abend seine Reise nach London fort.

Wien, 14. November. Nach einer Mittheilung der „Pol. Korr.“ beläuft sich für die im Reichsrathe vertretenen Länder der Betrag der bis Ende 1878 eingegangenen direkten Steuern auf 66,300,000 Fl., 1,700,000 Fl. mehr als im vorigen Jahre. Das Reinerträgniß der indirekten Steuern bis zu demselben Zeitpunkte beträgt 117,800,000 Fl., also eine Million Fl. weniger als 1877. Die Mehrerträgnisse an indirekten Steuern werden durch das fortwährende Steigen des Zuckerexports und durch die daraus folgenden höheren Steuerrestitutionen paralysirt.

Wien, 14. November. Die „Pol. Korr.“ veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Belgrad von heute: Die Wahlen für die Skupschtina sind im ganzen Lande in der größten Ordnung vor sich gegangen und im Sinne der bestehenden Regierung ausgefallen.

Aus Konstantinopel von heute: General Skobelew hat das Kommando der türkischen Vorposten-Aufstellung hinter Luleburgas von dem ihm zugekommenen Befehle des Oberbefehlshabers General Totleben in Kenntniß gesetzt, seine Truppen in Höhe der Station Saidler vorzuschieben. Die türkischen Truppen sind hierauf vom Seraskierate angewiesen worden, sich zurückzuziehen, den Ort Saidler jedoch besetzt zu halten. Gleichzeitig wurde die Vorpostenstellung der Türken in dem gedachten Orte durch 2 Brigaden verstärkt.

Wien, 14. November. Der General-Adjutant Beck trifft heute aus Bosnien in Pest wieder ein, worauf sofort die Okkupations-Vorlagen endgültig festgestellt werden.

Schuwaloffs Eröffnungen wurden vom Kaiser mit großer Befriedigung aufgenommen. Schuwaloff betonte wiederholt des Czaren Wunsch nach buchstäblicher Ausführung des Berliner Vertrags und desavouirte entschieden die für ein „Großbulgarien“ agitirenden russischen Funktionäre; andererseits erklärte Schuwaloff sich über seinen Empfang befriedigt und von der Friedensliebe und Vertragstreue Oesterreichs überzeugt worden zu sein.

Pest, 14. November. Das Unterhaus hat heute die Berathung des Adreß-Entwurfes begonnen.

Versailles, 14. November. Die Deputirtenkammer hat heute die Wahl des Baron de Bourgoing (Bonapartist) für ungültig erklärt. Die Berathung über die Wahl Fourtou's, der am 16. Mai v. J. das Ministerium des Innern übernahm, ist auf nächsten Montag festgesetzt. Die Budgetberathung beginnt am Donnerstag.